



Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Ministerium der Justiz

8. Hallesche Tage des Rechts - Eröffnung mit Diskussion um Strafvollzug: Sind Haftstrafen der einzige Weg?

Magdeburg/ Halle. (MJ) Wachsende Gewaltbereitschaft, steigende Kriminalitätszahlen - wie geht die Justiz mit dieser Entwicklung um? Wie kann sie dem gesetzlichen Auftrag gerecht werden, die Allgemeinheit zu schützen und gleichzeitig die Täter zu resozialisieren? Diese Thematik steht im Mittelpunkt der Auftaktveranstaltung "Erschlagen - Klagen - Vertragen" der 8. Halleschen Tage des Rechts am Mittwoch, 8. Dezember 1999, um 18 Uhr im Melanchthonianum (Hörsaal XV) der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

"Wachsende Gefangenenzahlen, die Vielfalt der inhaftierten Menschen und der notwendigen Maßnahmen bei gleichzeitig immer knapper werdenden Finanzmitteln stellt den Strafvollzug vor schwer zu bewältigende Probleme", so Justizministerin Karin Schubert (SPD).

Um dennoch dem Anspruch der Allgemeinheit auf Schutz vor Wiederholungstätern und dem Auftrag zur Resozialisierung gerecht werden zu können, müsse die Justiz umdenken. "Anspruch und Realität des Strafvollzuges müssen 20 Jahre nach Inkraft-Treten des Strafvollzuggesetzes überprüft und angenähert werden. Außerdem müssen Alternativen zu den bestehendem Sanktionssystem überprüft werden", so Schubert.

Das Land Sachsen-Anhalt ist auf diesem Gebiet seit Jahren erfolgreich: Mit Hilfe des Sozialen Dienstes, der direkt an ein Referat im Ministerium der Justiz angebunden ist, werden Täter wie Opfer von erfahrenen Sozialarbeitern betreut. Maßnahmen wie die Vermittlung gemeinnütziger Arbeit verhindern, dass Straftäter kurze Ersatzfreiheitsstrafen absitzen müssen und dadurch dringend benötigte und für das Land kosten- und personalintensive Haftplätze gebunden werden. Außerdem war Sachsen-Anhalt das erste Bundesland, das den Täter-Opfer-Ausgleich für Jugendliche und Erwachsene 1994 eingeführt hat. Seitdem steigt die Zahl der Fälle, in denen es zwischen Opfern und Tätern zu einer beidseitig hilfreichen Lösung gekommen ist, beständig.

Bei der Auftaktveranstaltung der 8. Halleschen Tagen des Rechts werden Strafrechtler und Praktiker zu den verschiedenen Aspekten der Bewältigung strafrechtlicher Konflikte sprechen und mit der Öffentlichkeit diskutieren. Die Teilnehmer der Auftaktveranstaltung sind der Dekan der Juristischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle, Wittenberg, Prof. Dr. Heiner Lück, sowie Prof. Dr. Kai Bussmann (Lehrstuhl für Strafrecht und Kriminologie) und Regierungsdirektor Hans-Jürgen Stach (Leiter der Justizvollzugsanstalt Dessau).

Die 8. Halleschen Tage des Rechts werden erneut vom Justizministerium des Landes Sachsen-Anhalt in enger Zusammenarbeit mit der Martin-Luther-Universität organisiert und durchgeführt. Die Veranstaltung wurde ins Leben gerufen, um den Bürgerinnen und Bürgern des Landes die Grundzüge des Rechtsstaates näher zu bringen. Inzwischen haben sich die Halleschen Tage des Rechts, die regelmäßig im Spätherbst stattfinden, als eine Kombination aus Fachdiskussionen und praxisnahen Informationsveranstaltungen für die Bürgerinnen und Bürger etabliert.

Zu ihrer Information: Die 8. Halleschen Tage des Rechts finden in diesem Jahr jeweils im Melanchthonium der Martin-Luther-Universität, Universitätsplatz 8/9 statt. Der Eintritt zu den Veranstaltungen ist kostenlos.

Die weiteren Termine:

Donnerstag, 9. Dezember 1999, 18 Uhr, Hörsaal XX:

"Streit um jeden Preis und immer bis zur höchsten Instanz?"

Teilnehmer:

- Prof. Dr. Heiner Lück ,
Dekan der Juristischen Fakultät der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg,
- Prof. Dr. Stefan Smid,
Lehrstuhl für Zivilrecht und Zivilprozessrecht
- Mathilde Diederich,
Staatssekretärin im Ministerium der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt

Mittwoch, 15. Dezember 1999, 18 Uhr, Hörsaal XX:

"120 Jahre moderne Gerichtsverfassung. Ist das Gerichtsverfassungsgesetz noch zeitgemäß?"

Teilnehmer:

- Prof. Dr. Heiner Lück,
Dekan der Juristischen Fakultät der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg,
- Prof. Dr. A. Höland,
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Arbeitsrecht
- Hans-Jürgen Diederichs,
Präsident des Landgerichts Dessau

Den Abschluss der 8. Halleschen Tage des Rechts bildet der Vortrag von Justizministerin des Landes Karin Schubert "Zu Stand und Perspektiven der Justizreform in Bund und Land".

Rufen Sie mich bei Nachfragen bitte an: Marion van der Kraats, Telefon: 0391 567-4134

Ministerium der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt
Pressestelle
Wilhelm-Höpfner-Ring 6
39116 Magdeburg
Tel.: 0391 567-4134
Fax: 0391 567-4226
Mail: presse@mj.sachsen-anhalt.de
Web: www.mj.sachsen-anhalt.de